MUTIG FRANKFURTS ZUKUNFT ANPACKEN

Haushalt 2020/2021
der Stadt Frankfurt am Main –
auf einen Blick

MUTIG FRANKFURTS ZUKUNFT ANPACKEN 3

WOHER KOMMT DAS GELD? 4

ERGEBNISHAUSHALT 6

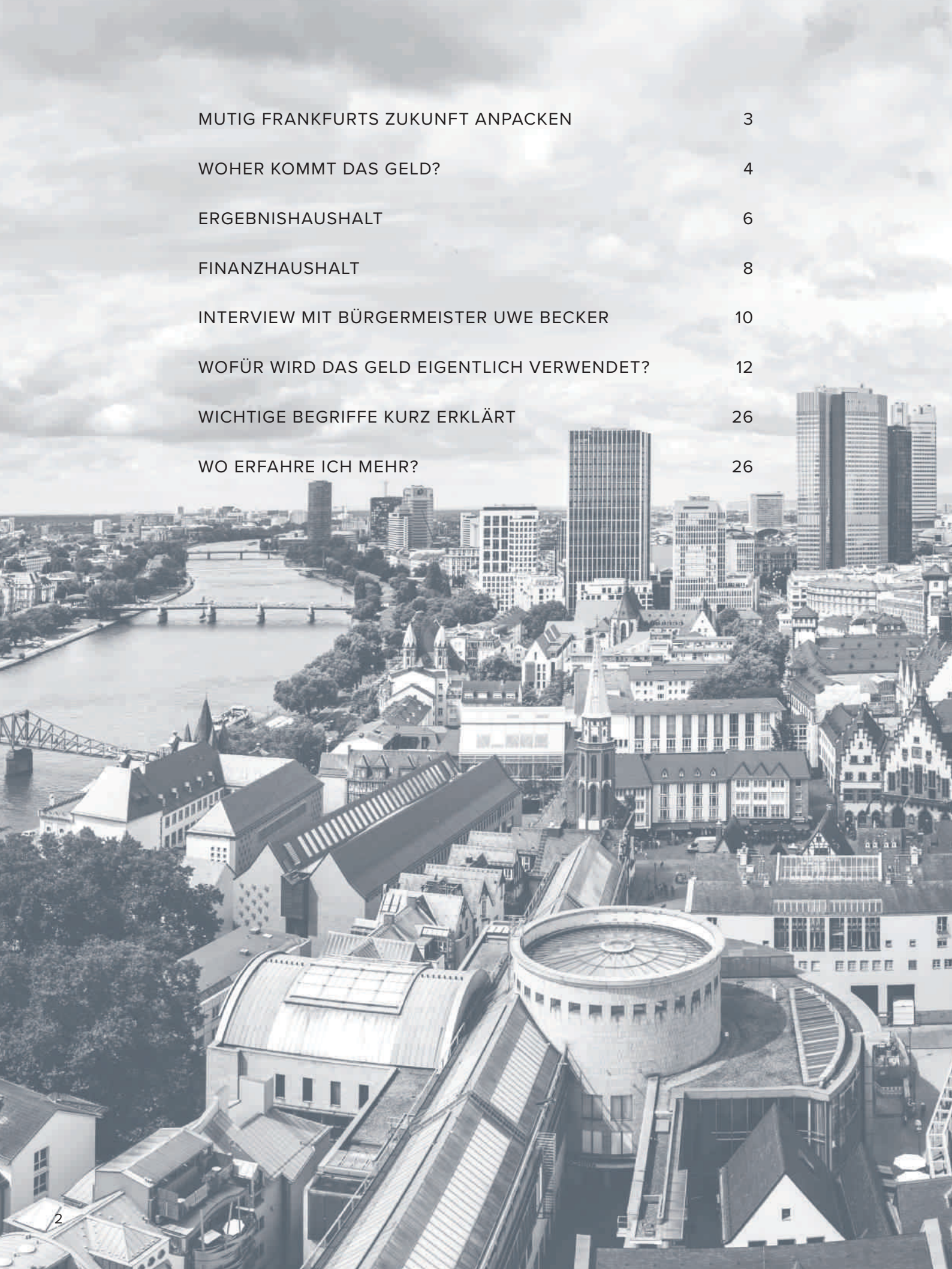
FINANZHAUSHALT 8

INTERVIEW MIT BÜRGERMEISTER UWE BECKER 10

WOFÜR WIRD DAS GELD EIGENTLICH VERWENDET? 12

WICHTIGE BEGRIFFE KURZ ERKLÄRT 26

WO ERFAHRE ICH MEHR? 26



Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter, sehr geehrte Damen und Herren,

Mut ist die Bereitschaft, angesichts zu erwartender Nachteile etwas zu tun, das man für richtig hält, heißt es in einem Wörterbuch zum Thema politischer Mut. Mutig Frankfurts Zukunft anpacken, mache ich zum Motto des Doppelhaushaltes 2020/2021.

Die Stadt Frankfurt am Main steht schon seit Jahren vor enormen Herausforderungen aufgrund ihres Wachstums. Das bedingt, dass wir mehr und bezahlbaren Wohnraum, gute Schulen und Kitas sowie einen überzeugenden öffentlichen Nahverkehr brauchen. Gleichzeitig müssen wir uns gesellschaftlichen Aufgaben widmen, um unseren Zusammenhalt zu fördern. Aber auch klimatische Herausforderungen für die Lebensqualität und die Zukunft unserer Stadt müssen angepackt werden.

Um diese Herausforderungen weiter zu gestalten, brauchen wir Mut, auch klare Entscheidungen zu treffen. Alle Wünsche und alle Projekte können nicht erfüllt werden. Wir werden Prioritäten setzen müssen, denn trotz steigender Herausforderungen und wachsender Aufgaben müssen wir den Haushalt weiter konsolidieren. Es wird nicht möglich sein, die vorhandenen Angebote ungeschmälert weiter zu finanzieren und zusätzliche neue Projekte draufzusatteln. Unsere Stadt soll auch in schwierigeren Haushaltslagen eine sichere und saubere, eine wirtschaftlich starke und zugleich eine soziale Stadt bleiben, die wir selbstbestimmt gemeinsam gestalten.

Wichtig ist gerade heute, vielleicht mehr denn je, sich beharrlich und mit Mut den Anforderungen zu stellen und gemeinsam Lösungen zu finden. Ich bin jedenfalls überzeugt, dass wir in der Lage sind, die Zukunft unserer Stadt Frankfurt am Main mutig anzupacken.

Ihr

Uwe Becker
Bürgermeister und Stadtkämmerer

Woher kommt das Geld?

Die hohe Attraktivität der Stadt im sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich auch zukünftig durch städtische Leistungen zu erhalten, ist das zentrale Ziel für die Stadt Frankfurt am Main. Gemeinsam mit den Frankfurterinnen und Frankfurtern sowie den hier ansässigen Unternehmen und Institutionen arbeitet sie an dieser Aufgabe.

Die wesentliche Finanzierungsquelle dabei sind Steuern. Die wichtigste Steuereinnahme für die Stadt Frankfurt am Main ist die Gewerbesteuer mit einem Anteil von 51 % an den ordentlichen Erträgen inklusive Finanzerträgen. Sie zählt wie die Grundsteuer zu den Gemeindesteuern.

Gemeindesteuern sind Steuern, bei denen die Gemeinden beziehungsweise Kommunen über den Hebesatz die Höhe bestimmen können. Der Hebesatz der Gewerbesteuer liegt in Frankfurt am Main bei 460 v. H. und dadurch über dem Bundesdurchschnitt von 435 v. H. Damit Frankfurt am Main als Wirtschaftsstandort seine Anziehungskraft behält, sollte die Höhe der Gewerbesteuer für Unternehmen kein Ausschlusskriterium bei der Standortwahl sein. Es besteht sonst die Gefahr, dass Firmen sich nicht in Frankfurt am Main, sondern im Umland ansiedeln.

Zudem erhalten Kommunen Anteile an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer.

Daneben gibt es noch Gebühren, privatrechtliche Leistungsentgelte, Zuweisungen vom Land oder Bund und eine Vielzahl sonstiger Erträge. Gebühren werden beispielsweise für Leistungen wie die Abfallentsorgung, die Straßenreinigung, das Ausstellen von Personalausweisen oder die Bearbeitung eines Baugenehmigungsantrags erhoben. Für die Nutzung städtischer Einrichtungen wie Museen, den Palmengarten oder den Zoo werden Eintrittsgelder erhoben, die im Haushalt als privatrechtliche Leistungsentgelte bezeichnet werden.

„Frankfurt am Main ist wirtschaftlich stark, aber unsere Stadt muss auch eine soziale Stadt bleiben. Auf diese Balance legt der Magistrat bei diesem Haushaltsentwurf besonderen Wert.“

Einnahmen-Planung 2020/2021

	2020		2021	
	Soll 2020 in Mio. Euro	Soll 2020 in %	Soll 2021 in Mio. Euro	Soll 2021 in %
Steuern	3.105	74%	3.188	74%
davon:				
Gewerbesteuer	2.150	51%	2.200	51%
Grundsteuer	219	5%	219	5%
Einkommensteuer	504	12%	532	12%
Umsatzsteuer	205	5%	210	5%
Gebühren u. ä.	246	6%	256	6%
Erträge aus Transferleistungen	238	6%	243	6%
Zuweisungen und Zuschüsse	224	5%	230	5%
davon: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	131	3%	136	3%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	114	3%	116	3%
Sonstige Erträge	98	2%	93	2%
Kostenersatzleistungen und -erstattungen	65	2%	65	2%
Finanzerträge	46	1%	44	1%
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	43	1%	45	1%
Summe der Erträge	4.179	100%	4.282	100%

Im Haushaltsentwurf 2020/2021 plant die Stadt Frankfurt am Main mit Steuereinnahmen in Höhe von 3,1 Milliarden Euro im Jahr 2020 und 3,2 Milliarden Euro in 2021. Wesentliche Größe hierbei ist die Gewerbesteuer, die mit jeweils 2,2 Milliarden Euro veranschlagt ist. Bei diesen Planwerten handelt es sich um das Bruttoaufkommen. Für die Netto-Betrachtung ist hiervon die an Bund und Land abzuführende Gewerbesteuerumlage – und erstmals im Haushalt 2020 die neue Umlage des Landes Hessen zur Finanzierung des Programmes „Starke Heimat Hessen“ – in Abzug zu bringen.

Seit 01.01.2018 wird ein Tourismusbeitrag zur teilweisen Deckung des Aufwandes für die Schaffung, Erweiterung, Unterhaltung und Vermarktung der zu Fremdenverkehrszwecken bereitgestellten Einrichtungen und für die zu diesen Zwecken durchgeführten Veranstaltungen erhoben. Die Veranschlagungen belaufen sich auf 6 Millionen Euro.

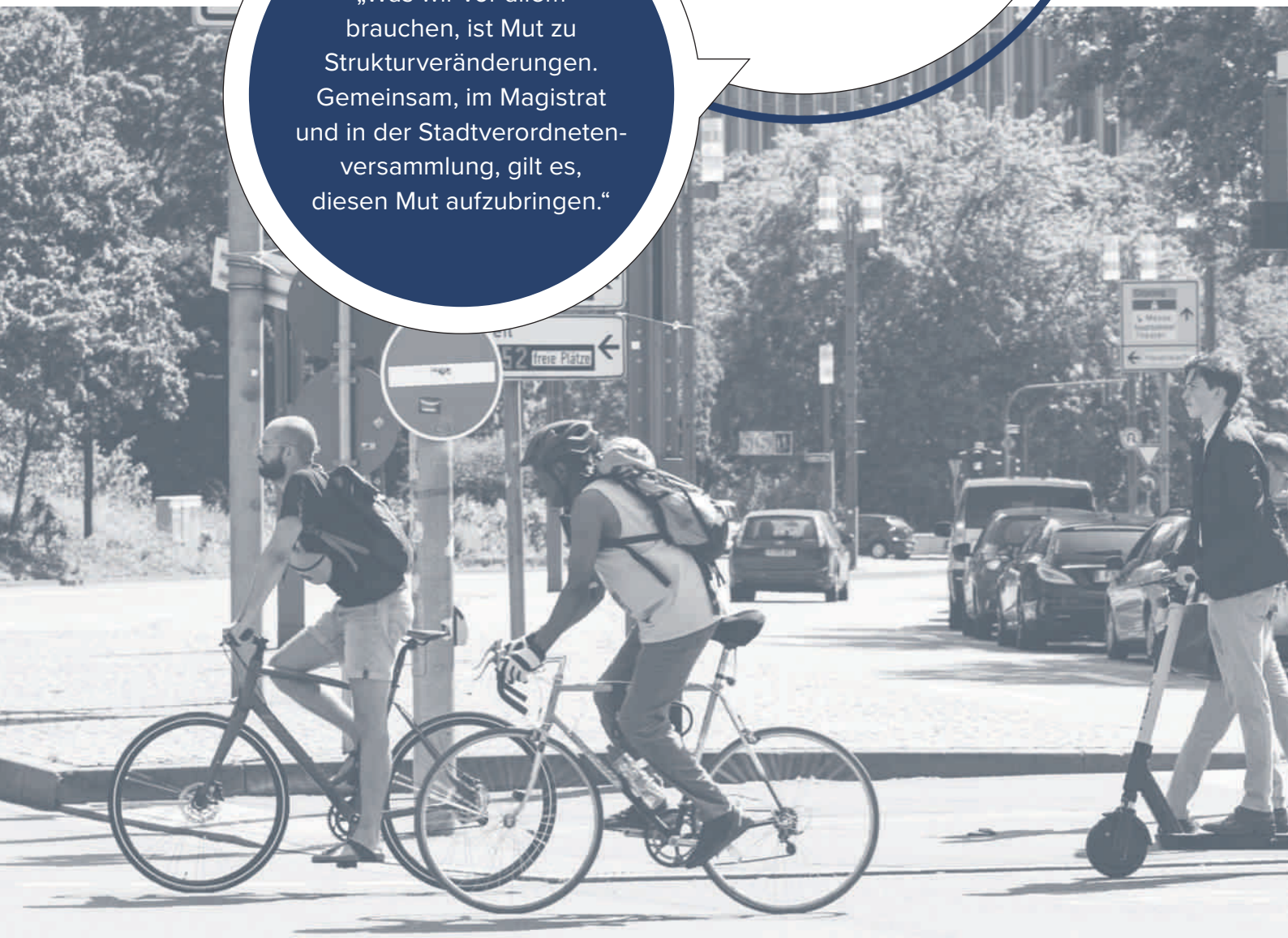
Als örtliche Aufwandsteuer werden seit 01.07.2018 eine Wettaufwandsteuer und seit 01.01.2019 eine Zweitwohnungssteuer erhoben.

Mit der Erwartung, dass die grundsätzliche Besteuerung der Spielapparate mit Gewinnmöglichkeit eine steuernde Wirkung im Hinblick auf die Anzahl der Spielautomatenbetriebe entfaltet, wird die Veranschlagung mit dem Entwurf des Haushaltes 2020/2021 auf 18 Millionen Euro festgesetzt. Die Stadt Frankfurt am Main unternimmt alle Anstrengungen, um attraktiv, sozial und wirtschaftlich stark zu bleiben. Dabei ist ein finanzieller Handlungsspielraum notwendig, um als wachsende Metropole die steigenden Anforderungen und die damit verbundenen gestiegenen Ausgaben nach dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung zu bewältigen.

Ergebnishaushalt

„Generationengerechtigkeit
und Nachhaltigkeit müssen unser
Handeln bestimmen.
Die finanzielle Situation fordert uns auf,
Prioritäten zu setzen,
um unsere Handlungsfähigkeit
sicherzustellen.“

„Was wir vor allem
brauchen, ist Mut zu
Strukturveränderungen.
Gemeinsam, im Magistrat
und in der Stadtverordneten-
versammlung, gilt es,
diesen Mut aufzubringen.“



Die Stadt Frankfurt am Main plant wiederholt ordentliche Aufwendungen inklusive Finanzaufwendungen im Ergebnishaushalt von mehr als 4,0 Milliarden Euro. Die Veranschlagungen belaufen sich in 2020 auf 4,3 Milliarden Euro und 4,5 Milliarden Euro in 2021. Bis 2023 ist ein Anstieg auf 4,6 Milliarden Euro vorgesehen. Da die veranschlagten Erträge geringer ausfallen, wird mit einem Defizit von rund 132 Millionen Euro 2020 und 193 Millionen Euro 2021 gerechnet.

Für den Ausgleich von Defiziten des Ergebnishaushaltes steht grundsätzlich die in Vorjahren gebildete Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zur Verfügung. Diese beläuft sich nach Anrechnung des Jahresfehlbetrages 2018 auf 569 Millionen Euro. Einschließlich des geplanten Defizits 2019 kumulieren sich die Fehlbeträge bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2023 auf 749 Millionen Euro. Der verbleibende Rücklagenbestand kann die geplanten Fehlbeträge nicht vollständig decken.

Eine wesentliche Ursache für den nicht ausgeglichenen Haushalt ist die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Hessen. Diese führte zu einem Wegfall von Zuweisungen des Landes sowie zu einer planerischen Reduzierung der sogenannten Schlüsselzuweisungen auf Null. Verstärkt wird der Effekt durch das neue Programm „Starke Heimat Hessen“. Denn obwohl ab 2020 die erhöhte Gewerbesteuerumlage des Bundes zur Finanzierung des Solidarpakts II entfällt, kommt es gleichzeitig zu der Nachfolgeregelung „Starke Heimat Hessen“, welche am 31.10.2019 im Hessischen Landtag verabschiedet wurde. „Im Finanzplanungszeitraum ab 2020 ist sie erstmals berücksichtigt und belastet den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main im gesamten Finanzplanungszeitraum 2020-2023 mit einer Umlage von kumuliert 421 Millionen Euro.

ERGEBNISHAUSHALT in Millionen Euro	IST 2018	SOLL 2019	SOLL 2020	SOLL 2021	PLAN 2022	PLAN 2023
Erträge	3.987	3.936	4.180	4.282	4.373	4.438
davon:						
Gewerbesteuer	1.946	1.950	2.150	2.200	2.250	2.300
Grundsteuer	208	216	219	219	219	219
Einkommensteuer	453	476	504	532	560	560
Umsatzsteuer	192	200	205	210	215	215
Gebühren u. ä.	260	250	246	256	256	260
Aufwendungen	4.009	4.096	4.311	4.474	4.513	4.564
davon:						
Personalaufwand	577	609	655	685	694	704
Versorgungsaufwand	132	120	136	136	136	136
Sach- und Dienstleistungen	684	644	693	694	660	663
Abschreibungen	241	223	231	254	261	269
Zuweisungen und Zuschüsse	852	942	1.009	1.072	1.103	1.106
Soziale Leistungen	873	933	946	972	977	982
Umlage Landeswohlfahrtsverband	249	260	265	271	276	281
Gewerbesteuerumlage	286	271	164	167	171	175
Umlage „Starke Heimat Hessen“	0	0	102	104	107	109
Zinsen und sonstiger Finanzaufwand	50	54	69	78	86	95
Ordentliches Jahresergebnis	-21	-160	-131	-192	-140	-126

Finanzhaushalt

Frankfurt am Main hat einen unverwechselbaren Charme. Als kleinste Metropole der Welt steht sie sowohl für Internationalität als auch für ein offenes Miteinander. Immer mehr Menschen zieht es daher nach Frankfurt am Main, um hier zu leben und zu arbeiten. Die Stadt hat großes Potenzial, aber das Wachstum birgt viele Herausforderungen.

Mit dem Haushaltsentwurf 2020/2021 setzt die Stadt Frankfurt am Main ihre hohe Investitionstätigkeit weiter fort. Aufgrund des Bevölkerungswachstums ist dies auch unbedingt erforderlich. Hierfür sind Investitionsauszahlungen in Höhe von 725 Millionen Euro in 2020 und 602 Millionen Euro in 2021 vorgesehen.
Die Finanzierung der Investitionen erfolgt durch Einzahlungen, wie zum Beispiel zweckgebundene Investitionszuweisungen des Landes, und durch Kreditaufnahmen. Im Haushaltsentwurf 2020/2021 sind Kreditaufnahmen von kumuliert 2,1 Milliarden Euro – davon 625 Millionen Euro 2020 und 532 Millionen Euro in 2021 – vorgesehen. Im Vergleich wurden 2019 443 Millionen Euro Kreditaufnahmen geplant. Im Haushaltsvollzug 2018 wurden 300 Millionen Euro der ursprünglich geplanten 467 Millionen Euro beansprucht. Das entspricht 75 Prozent der durchgeführten Investitionen in 2018.

„Wer Verantwortung für unsere Stadt trägt, muss dies auch in schwierigen Zeiten tun. Wir dürfen die Zukunft der Stadt nicht einfach nur geschehen lassen, sondern sollten sie aktiv gestalten.“

Neben Bildung und Nahverkehr ist einer der größten Investitionsbereiche die Stadtplanung mit 99 Millionen Euro. Davon allein gehen 52 Millionen Euro in den Wohnungsbau. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen beziehungsweise die Weichen dafür zu stellen, ist eine der vorrangigen Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main. Die Stadt Frankfurt am Main investiert dort bis 2023 über 210 Millionen Euro.

FINANZHAUSHALT in Millionen Euro	IST 2018	SOLL 2019	SOLL 2020	SOLL 2021	PLAN 2022	PLAN 2023
Überschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	254	48	107	61	118	139
Einzahlungen für Investitionen	109	71	81	70	66	70
Auszahlungen für Investitionen	-400	-515	-725	-602	-589	-460
Kreditaufnahme (brutto)	300	443	625	532	522	390
Tilgung von Krediten	-108	-89	-122	-142	-150	-168
Kreditaufnahme (netto)	192	354	503	390	372	222
Haushaltsunwirksame Vorgänge	45	0	0	0	0	0
Finanzmittelfluss	201	-42	-35	-81	-32	-29

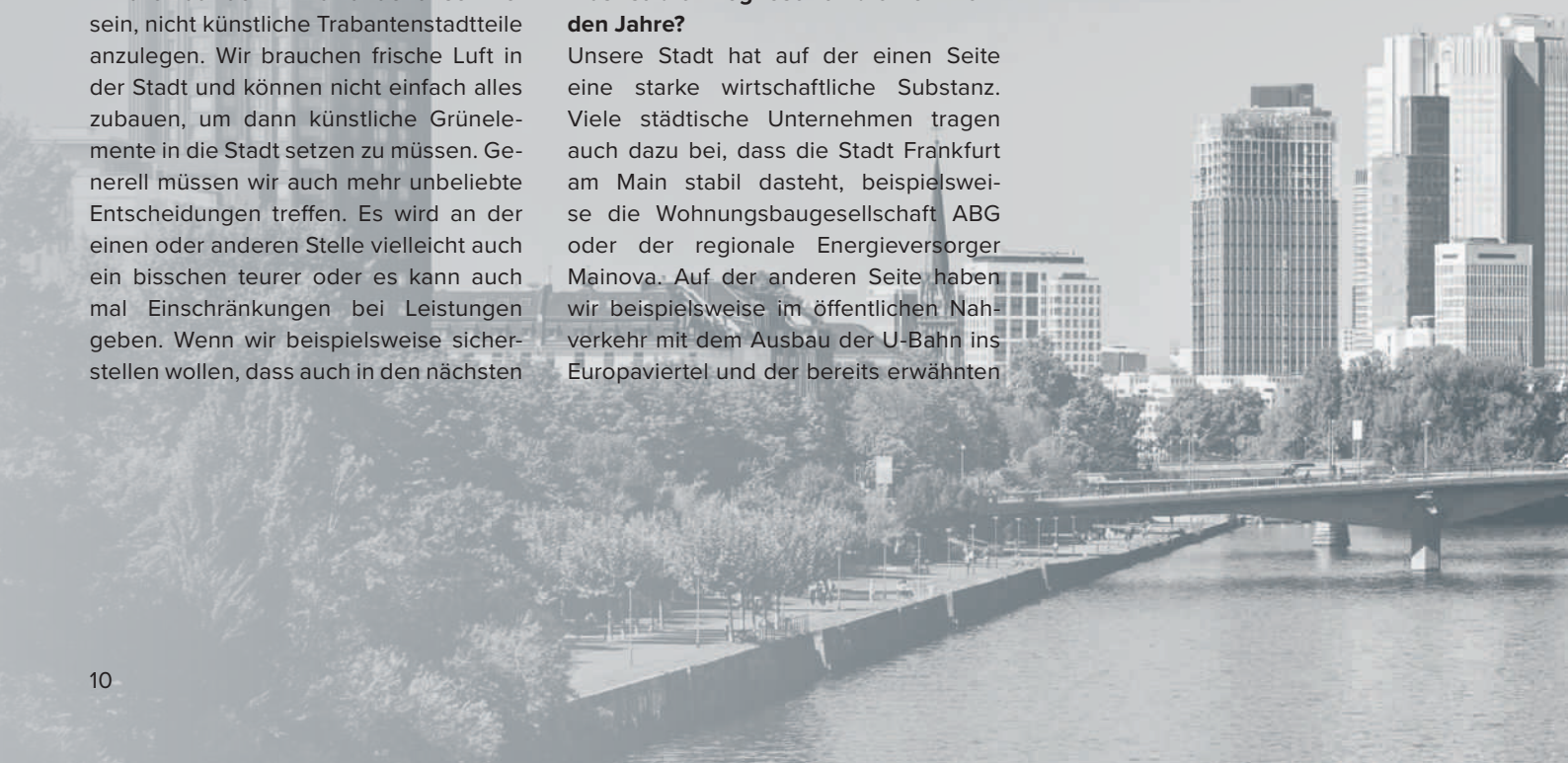
Interview zum Haushalt 2020/2021 der Stadt Frankfurt am Main mit Bürgermeister Uwe Becker

Der diesjährige Haushalt steht unter dem Motto „Mutig Frankfurts Zukunft anpacken“. Warum haben Sie dieses Motto gewählt?
Es geht darum, die Zukunft der Stadt im Hinblick auf die großen Herausforderungen des Wachstums und des Klimawandels nicht einfach nur geschehen zu lassen, sondern sie aktiv zu gestalten. Dabei müssen angenehme, aber auch unangenehme Entscheidungen getroffen werden. Das verlangt Mut und Haltung. Aus diesem Grund denke ich, dass der Titel richtig gewählt ist.

Welche angenehmen und unangenehmen Entscheidungen müssen aktuell getroffen werden?
Bei knapper werdenden finanziellen Mitteln alles zu bewältigen, bedeutet, dass wir manchen schönen Wunsch gar nicht erfüllen können. Es geht darum, Prioritäten zu setzen. Vor dem Hintergrund des Wachstums müssen wir den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und Wohnungsbaus sicherstellen. Genauso intensiv müssen wir auch vor dem Hintergrund des bevorstehenden Klimawandels im Bereich Klimaschutz noch aktiver werden. Beispielsweise sollte unsere Stadt organisch und gesund wachsen, sich aus der Fläche heraus entwickeln, damit man vorhandene Infrastruktur nutzen kann und nicht zur Zersiedelung der Landschaft beiträgt. Daher muss es gerade im Hinblick auf den Klimawandel unser Ziel sein, nicht künstliche Trabantenstadtteile anzulegen. Wir brauchen frische Luft in der Stadt und können nicht einfach alles zubauen, um dann künstliche Grünelemente in die Stadt setzen zu müssen. Generell müssen wir auch mehr unbeliebte Entscheidungen treffen. Es wird an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch ein bisschen teurer oder es kann auch mal Einschränkungen bei Leistungen geben. Wenn wir beispielsweise sicherstellen wollen, dass auch in den nächsten Jahren die Mülltonnen abgeholt werden sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort auch ordentlich entlohnt werden, können Gebühren steigen. Nicht, weil wir damit mehr in unsere Kassen wirtschaften wollen, sondern weil wir das bezahlen müssen, was die Leistungen am Ende auch kosten. Das gleiche gilt in vielen anderen Bereichen. Aber auch wenn wir versuchen, den Anstieg der Mieten zu begrenzen, so wird es im Augenblick nicht darum gehen können, dass Mieten sinken. Es kann nicht immer alles automatisch günstiger und billiger werden, wenn gleichzeitig Löhne und andere Kosten steigen.

Welche mutigen Entscheidungen wurden im aktuellen Haushalt getroffen?
Wichtig ist, dass wir weiterhin stark in den Bereich Bildung investieren, obwohl die Mittel knapper werden. Zudem werden wir zusätzliche Haushaltsmittel für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung stellen müssen, beispielsweise für die Regionaltangente West, damit der Verkehr in Frankfurt am Main auf Dauer nicht zusammenbricht. Allerdings, wenn wir zwischen dem Neubau oder der Sanierung der Städtischen Bühnen und einem neuen Jugend- und Kindertheater entscheiden müssen, dann würde unsere Entscheidung sicher zunächst zu Gunsten der Städtischen Bühnen ausfallen.

Was ist die Prognose für die kommenden Jahre?
Unsere Stadt hat auf der einen Seite eine starke wirtschaftliche Substanz. Viele städtische Unternehmen tragen auch dazu bei, dass die Stadt Frankfurt am Main stabil dasteht, beispielsweise die Wohnungsbaugesellschaft ABG oder der regionale Energieversorger Mainova. Auf der anderen Seite haben wir beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr mit dem Ausbau der U-Bahn ins Europaviertel und der bereits erwähnten



Haushalt der Stadt Frankfurt am Main 2020/2021

Regionaltangente West, aber auch mit den Kliniken in Höchst, wo wir im Prinzip ein neues Krankenhaus bauen, und auch den Städtischen Bühnen, die zukunftsfähig gemacht werden müssen, erhebliche Aufwendungen. Das ist nur ein Ausschnitt der Themen, die aktuell anstellig sind. Gleichzeitig greift uns das Land in erheblichem Maße in die Tasche und sorgt dafür, dass die finanziellen Herausforderungen eher größer als kleiner werden.

Was wäre Ihrer Meinung nach, die Aufgabe des Landes?
Die Aufgabe des Landes wäre, dass es begreift, dass die Stadt Frankfurt am Main zwar vieles aus eigener Kraft, aber vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums nicht alles allein stemmen kann. Vor allem dann nicht, wenn Mittel vom Land Hessen in großem Maße abgezogen werden, die hier erwirtschaftet werden. Frankfurt am Main könnte sich wesentlich mehr leisten, wenn uns nicht ständig eigenes Geld entzogen würde, um es an anderen Stellen auszugeben. Unsere Stadt ist solidarisch und steht auch mit seiner Steuerkraft dafür ein, dass schwächere Kommunen in Hessen gefördert und unterstützt werden, aber das stößt an einem Punkt an natürliche Grenzen, wenn es unsere eigene Leistungsfähigkeit erheblich einschränkt.

Was tut die Stadt Frankfurt am Main für das Land Hessen?
Wir leisten schon durch die Abführung von Anteilen der Gewerbesteuer an den Bund und das Land Hessen unseren solidarischen Beitrag. Zusätzlich nimmt sich das Land Hessen seit 2010 die komplette Grunderwerbsteuer. Das sind im Schnitt auch 100 Millionen Euro pro Jahr, die uns fehlen. Frankfurter Geld überweisen wir auch an den Landeswohlfahrtsverband, der für die überörtliche Sozialhilfe Verantwortung trägt, und wir zahlen Geld im Bereich der Krankenhäuser über die Krankenhausumlage ein. Es gibt viele Ausgleichs- und Umlagesysteme, bei denen die Stadt Frankfurt am Main mit vielen Millionen Euro dabei ist. Darüber hinaus nutzen nicht nur Frankfurterinnen und Frankfurter den öffentlichen Nahverkehr oder die Städtischen Bühnen, den Zoo und die Museen. Die Stadt Frankfurt am Main hält eine Infrastruktur vor, die von der gesamten Region genutzt wird. Das ist gut und richtig, denn wir brauchen auch die Besucherinnen und Besucher aus der Region, aber es wäre auch wieder ein Argument, warum sich das Land Hessen stärker in Frankfurt am Main beteiligen sollte als bisher.

Was ist Ihrer Meinung nach das Mutigste an diesem Haushalt?
Der Doppelhaushalt ist zumindest jetzt noch das Bekenntnis über eine Periode hinaus zu denken, damit die Stadt weiterhin solide in die Zukunft gehen kann. Es wurden nicht die Grundprinzipien über Bord geworfen und es wurde darauf geachtet, dass Frankfurt am Main stabil, wirtschaftlich stark und gleichzeitig sozial bleibt. Mit einer Koalition aus drei Parteien, die durchaus sehr unterschiedlich in ihren Fraktionen aufgestellt sind, trotz der heraufziehenden Wahl den Haushalt gemeinsam so vorzulegen, ist nicht selbstverständlich.

Wo fehlt Mut?
Es fehlt durchaus noch der Mut, uns von alten Zöpfen zu trennen. Es ist immer leichter Altes weiterlaufen zu lassen und Neues draufzusatteln. Doch das stößt irgendwann an Grenzen. Deswegen wünschte ich mir mehr Mut Vorhandenes auch mal mehr zu hinterfragen, um mehr Ressourcen für Neues frei haben zu können.

Wofür wird das Geld eigentlich verwendet?

Laufende Verwaltungstätigkeit im Ergebnishaushalt

Städte und Gemeinden verwenden ihre finanziellen Ressourcen für zwei grundsätzliche Zwecke. Zum einen werden die Aufgaben der laufenden Verwaltungstätigkeit finanziert und zum anderen wird in die Infrastruktur der Stadt, zum Beispiel in Schulgebäude, Kinderbetreuungseinrichtungen und Verkehrswege, investiert.

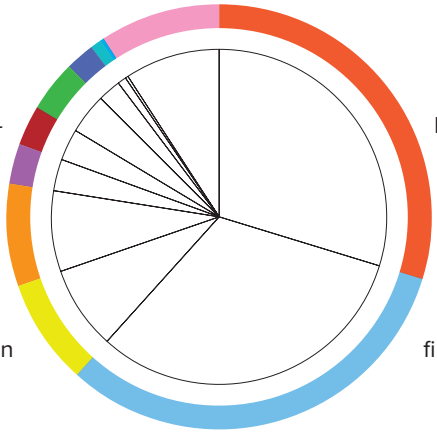
Zuschussbedarf 2020/2021 nach Aufgabenbereichen in Mio. Euro

Bildung
876/925 Mio. €
32%/32%

Soziales
822/844 Mio. €
30%/30%

Im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit verteilen sich die im Haushaltsentwurf 2020/2021 geplanten finanziellen Mittel auf die in der nachfolgenden Grafik aufgeführten Aufgabenbereiche der Stadt.

Der in der Grafik dargestellte Zuschussbedarf ergibt sich, wenn von den Aufwendungen zur Erfüllung der Aufgaben die diesbezüglichen Erträge, wie beispielsweise Verwaltungsgebühren, Eintrittsgelder der Museen oder Gebühren für Straßenreinigung, abgezogen werden. Der daraus resultierende Zuschussbedarf muss durch den Kernhaushalt der Stadt durch allgemeine Deckungsmittel – insbesondere Steuern – finanziert werden.



Die finanziell umfangreichsten Bereiche werden im Folgenden kurz erläutert.

Der Bildungsbereich beansprucht mit 876 Millionen Euro in 2020 und 925 Millionen Euro in 2021 einen noch höheren Zuschussbedarf als der Sozialbereich. Zum Bildungsbereich gehören die Kinderbetreuung, alle Schulträgeraufgaben, die Jugend- und Erwachsenenbildung, die Stadtbücherei und das Frankfurter Kinderbüro.

Einen Schwerpunkt des Doppelhaushalts bildet wie in den vergangenen Jahren die Verbesserung der Kinderbetreuung. Hierfür ist ein Zuschussbedarf von 614 Millionen Euro in 2020 und 650 Millionen Euro in 2021 vorgesehen.
Neben der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder ab dem ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt gilt es, für Kinder im Grundschulalter und unter gewissen Voraussetzungen auch für Kinder unter einem Jahr ein bedarfsgerechtes Angebot bereitzustellen.

Auch bei weiterhin steigenden Kinderzahlen werden hierbei die nachfolgenden Zielsetzungen weiterverfolgt:

- nachhaltige Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Bereitstellung von qualitativen, wohnortnahen Betreuungsangeboten
- Gewährleistung der freien Wahl zwischen verschiedenen Betreuungsmodellen

Zum Erreichen dieser Ziele ist im Doppelhaushalt ein weiterer Platzausbau sowohl für Kinder unter 3 Jahren als auch für Kinder im Kindergarten- und im Grundschulalter eingeplant.

Für den Betrieb und die Unterhaltung des vielfältigen Schulangebots in Frankfurt am Main einschließlich der Schülerbeförderung und der pädagogischen Angebote des Schulträgers ist ein Zu-

Bildung

schussbedarf von 224 Millionen Euro in 2020 und 236 Millionen Euro in 2021 vorgesehen. Die Entwicklung berücksichtigt sowohl steigende Schülerzahlen als auch sich wandelnde Anforderungen (zum Beispiel WLAN an Schulen, Ausbau von sozialpädagogischen und Jugendhilfeangeboten an Schulen).

Von den Mitteln für die Jugend- und Erwachsenenbildung in Höhe von jeweils 18 Millionen Euro entfällt der größte Teil auf die Volkshochschule Frankfurt am Main, die dadurch in der Lage ist, allen Bevölkerungsgruppen ein differenziertes Bildungsangebot anzubieten.

Für die Angebote der Stadtbücherei in 18 öffentlichen Bibliotheken, der Fahrbibliothek mit ihren zwei Bücherbussen sowie die Nutzung digitaler Medien ist ein Zuschussbedarf von 19 Millionen Euro in 2020 und in 2021 eingeplant.

„Luftschlösser können wir keine bauen, auf den Ausbau von Schulen und Kitas können und wollen wir aber nicht verzichten.“

Ein weiteres finanzielles Schwergewicht im Haushalt stellt der Sozialbereich dar. Durch die Finanzierung eines Zuschussbedarfs von 822 Millionen Euro 2020 und 844 Millionen Euro 2021 trägt der städtische Haushalt erheblich zum sozialen Ausgleich in der Frankfurter Bevölkerung bei. Ohne die Berücksichtigung von Erträgen stehen Aufwendungen von jeweils 1,2 Milliarden Euro für soziale Leistungen zur Verfügung.
Dabei ist die Stadt für folgende soziale Leistungen zuständig:

Soziale Leistungen, Aufwendungen und Erläuterung

Kommunale Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II – Grundsicherung für Arbeitssuchende: 273 Millionen Euro 2020 und 279 Millionen Euro 2021

Während der Bund vor allem das Arbeitslosen- und Sozialgeld übernimmt, sind die Gemeinden insbesondere für die Kosten für Unterkunft und Heizung zuständig.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: 133 Millionen Euro 2020 und 138 Millionen Euro 2021

Ein Anspruch auf Grundsicherung besteht, wenn Personen wegen ihres Alters oder einer vollen Erwerbsminderung endgültig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind und ihre Einkünfte – zum Beispiel die Rente – und ihr Vermögen nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt zu sichern.

Sonstige Leistungen nach dem SGB IX/XII: 140 Millionen Euro 2020 und 145 Millionen Euro 2021

Hierzu zählen die Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit, Eingliederungshilfen für behinderte Menschen, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und sonstige soziale Leistungen wie der Frankfurt-Pass und der Beförderungsdienst.

Soziales

Soziales
822 Mio. €/
844 Mio. €
30%/30%

Jugendhilfe nach dem SGB VIII:
217 Millionen Euro 2020 und
224 Millionen Euro 2021

Schwerpunkte sind die Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahme, die Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländer, die Übernahme von Elternentgelten für die Kinderbetreuung und die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

Hilfe zur Pflege:
110 Millionen Euro 2020 und
110 Millionen Euro 2021

Diese Leistungen dienen der Versorgung Hilfebedürftiger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz:
59 Millionen Euro 2020 und
61 Millionen Euro 2021

Mit den Leistungen werden die Unterbringung und die Sicherung des Lebensunterhalts der Anspruchsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sichergestellt.

Förderung im Jugendhilfebereich:
33 Millionen Euro 2020 und
34 Millionen Euro 2021

Gefördert werden unter anderem Einrichtungen der Jugendarbeit, Einrichtungen der Familienförderung und Erziehungsberatungsstellen.

Förderung der Altenhilfe:
16 Millionen Euro 2020 und
15 Millionen Euro 2021

Darin enthalten sind unter anderem Leistungen für den Betreuungsdienst in Altenwohnanlagen, die Förderung von Altentagesstätten und das Frankfurter Programm „Würde im Alter“.

Förderung des Frankfurter Arbeitsmarktprogramms und der freien Wohlfahrtspflege: 30 Millionen Euro 2020 und 31 Millionen Euro 2021

Schwerpunkte sind hier zum Beispiel die kommunalen Aktivitäten zur Beschäftigungsförderung und das Frankfurter Programm „Aktive Nachbarschaft“.

Leistungen an den Eigenbetrieb Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main:
15 Millionen Euro 2020 und
15 Millionen Euro 2021

Zu den Aufgaben des Eigenbetriebs gehören der Betrieb der kommunalen Einrichtungen und Dienste im Sozialbereich insbesondere für Kinder, Jugendliche und Familien.

Über das Budget des Sozialbereichs hinaus finanziert die Stadt mit 265 Millionen Euro 2020 und 271 Millionen Euro 2021 anteilig die so genannte überörtliche Sozialhilfe, die vom Landeswohlfahrtsverband Hessen geleistet wird. Der Landeswohlfahrtsverband ist zuständig für unterstützungsbedürftige behinderte und kranke Menschen in voll- oder teilstationären Einrichtungen sowie im Betreuten Wohnen.

Nach Berücksichtigung der Umlage an den Landeswohlfahrtsverband sind im Frankfurter Haushalt Aufwendungen für Soziales von 1,5 Milliarden Euro 2020 und 1,5 Milliarden Euro 2021 geplant.

Umwelt

Die wachsende Stadt sowie die Herausforderungen des Klimawandels und die Erfordernisse der Klimaanpassung stellen große Anforderungen an die Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen, die sich auch im Budget abbilden. Bedingt durch Flächenzuwächse, einer gesteigerten Nutzungsintensität sowie den Ausgleich von Klimafolgen werden zur Unterhaltung und Pflege von Grün- und Freiflächen daher im Doppelhaushalt 2020/2021 Mittel in Höhe von 16 Millionen Euro eingeplant. Im Rahmen der Kampagne #cleanFFM für mehr Sauberkeit im Stadtgebiet stehen knapp 3 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, um in ausgewählten Bezirken zusätzliche Maßnahmen zur Abfallbeseitigung und Abfallvermeidung durchzuführen. Darüber hinaus werden das Thema Klimaschutz und damit verbundene Anforderungen hinsichtlich möglicher Emissionsreduktion sowie der Entwicklung und Umsetzung von notwendigen Anpassungsstrategien auch in Frankfurt am Main zukünftig verstärkte Anstrengungen sowohl auf privater als auch auf kommunaler Ebene erfordern.

Nahverkehr und ÖPNV

Auf den Bereich Nahverkehr und ÖPNV entfällt ein Zuschussbedarf von 211 Millionen Euro 2020 und 234 Millionen Euro 2021. Für die Unterhaltung von Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen sowie der konstruktiven Ingenieurbauwerke sind ordentliche Aufwendungen von 145 Millionen Euro in 2020 und 144 Millionen Euro in 2021 eingeplant.

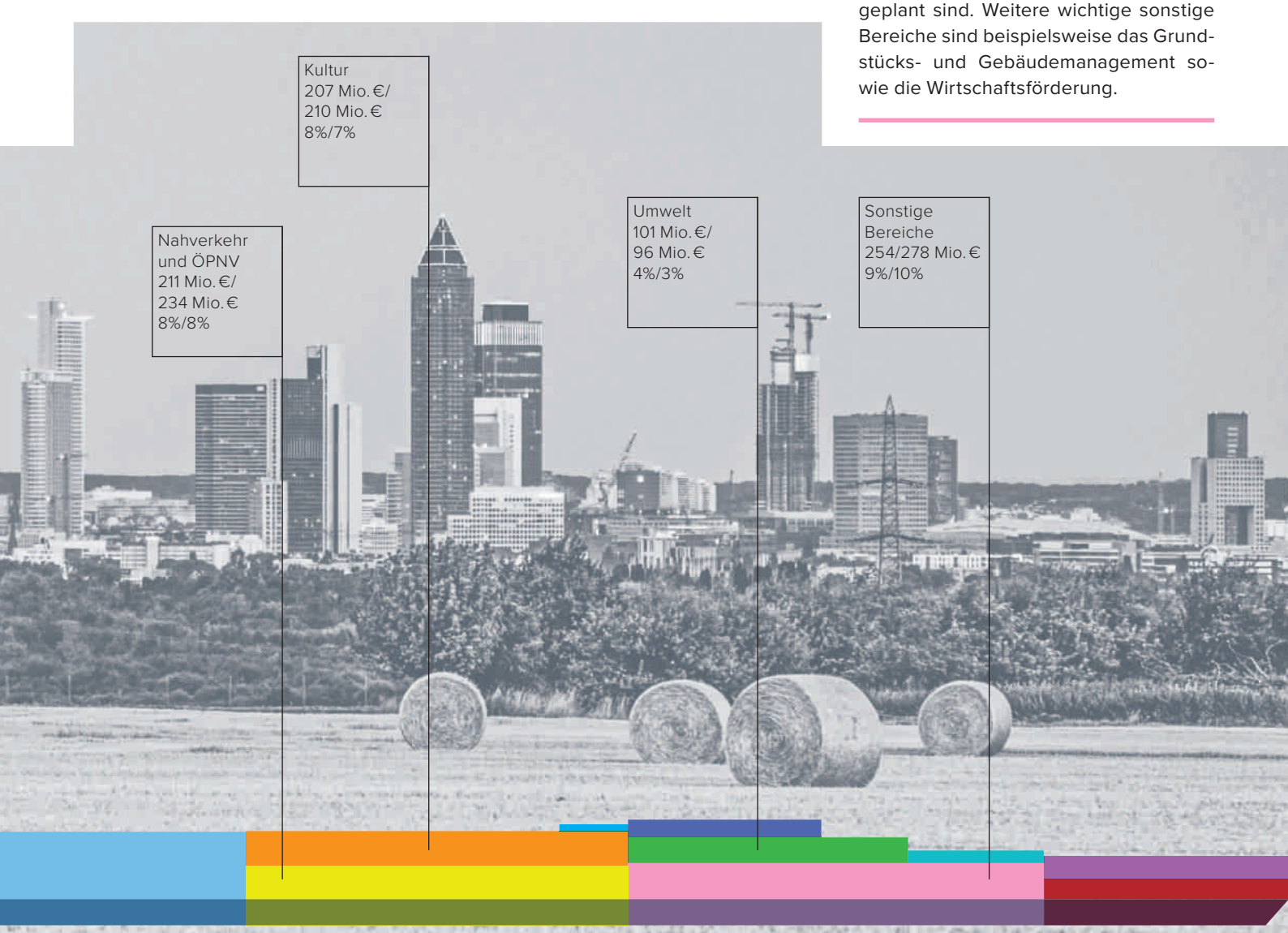
Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs mit Infrastrukturprojekten, wie beispielsweise der Verlängerung der U-Bahn ins Europaviertel und auch dem Bau der Regionaltangente West, ist für die hier lebenden Menschen und ansässigen Firmen ein wichtiges Projekt, das die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sichert.

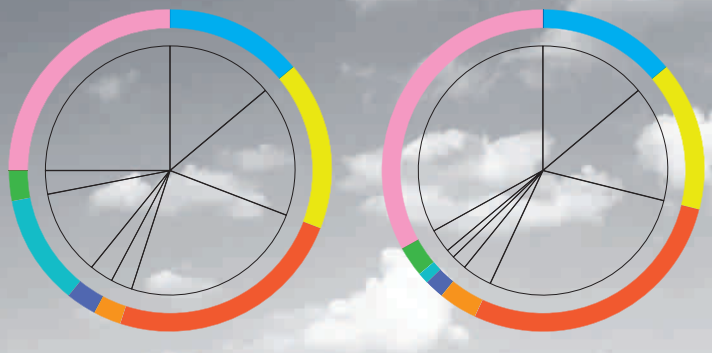
Kultur

Für den Kulturbereich ist im Haushaltsentwurf 2020/2021 ein Zuschussbedarf von 207 Millionen Euro in 2020 und 210 Millionen Euro in 2021 vorgesehen. Mit einem Volumen von 96 Millionen Euro in 2020 und 97 Millionen Euro in 2021 wird ein Großteil dieser Mittel für Zuschüsse an die städtischen Gesellschaften Städtische Bühnen, Alte Oper, Kunsthalle Schirn und Mousonturm verwendet. Darüber hinaus fließen 36 Millionen Euro pro Jahr an sonstige Zuschussempfänger. Für die Bauunterhaltung der städtischen Kultureinrichtungen von den Städtischen Bühnen bis hin zu den Museen sind in 2020 rund 15 Millionen Euro, in 2021 rund 14 Millionen Euro veranschlagt.

Sonstige Bereiche

Für die als sonstige Bereiche zusammengefassten Aufgaben ist im Haushaltsentwurf 2020/2021 ein Zuschussbedarf von 254 Millionen Euro in 2020 und 278 Millionen Euro in 2021 vorgesehen. 110 Millionen Euro in 2020 und 115 Millionen Euro in 2021 entfallen hiervon auf den Bereich Personal und Organisation, in dem unter anderem die zentralen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen geplant sind. Weitere wichtige sonstige Bereiche sind beispielsweise das Grundstücks- und Gebäudemanagement sowie die Wirtschaftsförderung.





Investitionen des Finanzhaushalts

2020

Stadtplanung
99 Mio. €
14%

Nahverkehr und ÖPNV
125 Mio. €
17%

2021

Stadtplanung
84 Mio. €
14%

Nahverkehr und ÖPNV
91 Mio. €
15%

Im Investitionshaushalt sind die gesamten Veränderungen der langfristigen Vermögenspositionen der Vermögensrechnung veranschlagt. Unterschieden wird zwischen Mittelaufbringung (Einnahmen) und Mittelverwendung (Ausgaben), die im Saldo die zahlungswirksame Investitionstätigkeit des Finanzhaushaltes ergeben.

Die drei Bereiche Bildung, öffentlicher Nahverkehr und Stadtplanung sind durchgängig die investitionsstärksten.

Auszahlungen für Investitionen 2020
in Mio. Euro (gesamt 725 Mio. €)

Bildung
175 Mio. €
24%

Kultur und Freizeit
20 Mio. €
3%

Sport
20 Mio. €
3%

Gesundheit
78 Mio. €
11%

Umwelt
23 Mio. €
3%

Sonstige Bereiche
184 Mio. €
25%

Bildung
167 Mio. €
28 %

Kultur und Freizeit
22 Mio. €
4%

Sport
12 Mio. €
2%

Gesundheit
6 Mio. €
1%

Umwelt
20 Mio. €
3%

Sonstige Bereiche
201 Mio. €
33%

Auszahlungen für Investitionen 2021
in Mio. Euro (gesamt 602 Mio. €)

Bildung

Die finanziell umfangreichsten Bereiche werden im Folgenden kurz erläutert.

Der Bildungsbereich bildet mit jährlichen Auszahlungen von 175 Millionen Euro in 2020 und 167 Millionen Euro in 2021 einen Schwerpunkt der städtischen Investitionstätigkeit. Davon entfallen zur Verbesserung der Kinderbetreuung 22 Millionen Euro in 2020 und 24 Millionen Euro in 2021 auf Bauvorhaben der Stadt und des Eigenbetriebs Kita Frankfurt sowie die Förderung von Projekten nichtstädtischer Träger. Das weitaus größte Investitionsvolumen betrifft jedoch den Ausbau, die Erweiterung und die Sanierung der Schulinfrastruktur.

Folgende bereits beschlossene große Investitionen befinden sich in der Umsetzung:

- Gymnasium Frankfurter Norden (Westhausen) – dauerhafter Auslagerungsstandort inklusive Erweiterung (2. Bauabschnitt) und Bau der Oberstufe (3. Bauabschnitt, noch nicht beschlossen) sowie Neubau der Cafeteria und Dreifeld-Sporthalle (Gesamtkosten 78 Millionen Euro)
- Elisabethenschule (Westend) – Gesamtsanierung inklusive Auslagerung (Gesamtkosten 38 Millionen Euro)
- Integrierte Gesamtschule Kalbach-Riedberg – Neubau der Schule am endgültigen Standort inklusive Cafeteria und Turnhalle (Gesamtkosten 38 Millionen Euro)
- Carlo-Mierendorff-Schule – Neubau eines Oberstufengymnasiums inklusive Cafeteria – gymnasiale Oberstufe Preungesheim (Gesamtkosten 35 Millionen Euro)
- Ludwig-Weber-Schule (Sindlingen) – Abriss und Neubau inklusive Cafeteria (Gesamtkosten 26 Millionen Euro)
- Mühlbergschule (Sachsenhausen) – Erweiterung und Sanierung inklusive Abriss und Neubau der Turnhalle und Cafeteria (Gesamtkosten 24 Millionen Euro)
- Römerstadtschule (Heddernheim) – Abriss und Neubau inklusive Cafeteria (Gesamtkosten 23 Millionen Euro)

Darüber hinaus sind folgende größere Investitionsmaßnahmen geplant:

- Bildungscampus Gallus – 8-zügige gymnasiale Oberstufe, zwei Kindertageseinrichtungen, Jugendhaus sowie Eltern-Kind-Treff (Gesamtkosten 50 Millionen Euro)
- Adorno-Gymnasium (Westend) – Neubau der Schule inklusive Cafeteria und Turnhalle am endgültigen Standort (Gesamtkosten 50 Millionen Euro)
- Schule am Hang (Bergen-Enkheim) – Gesamtsanierung und Erweiterung (Gesamtkosten 46 Millionen Euro)
- Integrierte Gesamtschule Süd (Sachsenhausen) – Umbaumaßnahmen inklusive Cafeteria (Gesamtkosten 41 Millionen Euro)
- IGS Frankfurter Norden (Nieder-Eschbach) – Umbau und Sanierung inklusive Ausstattung des anzumietenden Gebäudes am Ben-Gurion-Ring (Gesamtkosten 40 Millionen Euro)
- Walter-Kolb-Schule (Unterliederbach) – Abriss und Neubau der Schule inklusive Auslagerung und Neubau einer Dreifeld-Sporthalle (Gesamtkosten 38 Millionen Euro)
- Friedrich-Fröbel-Schule (Niederrad) – Abriss und Neubau inklusive Auslagerung und Neubau einer zweiten Einfeld-Sporthalle (Gesamtkosten 33 Millionen Euro)
- Gymnasium Mitte-Nord (Niederursel) – Umbau der Liegenschaft in der Marie-Curie-Straße 30 (Gesamtkosten 33 Millionen Euro)
- Ziehenschule (Eschersheim) – Auslagerung, Sanierung Altbau, Abriss und Neubau eines Klassentraktes und der Sporthalle (Gesamtkosten 30 Millionen Euro)
- Schulversorgung Uni Campus Bockenheim (Gesamtkosten 28 Millionen Euro)
- Martin-Buber-Schule (Sachsenhausen) – Erweiterung und Ganztagsausbau inklusive Cafeteria (Gesamtkosten 27 Millionen Euro)
- Grundschule Europaviertel – Neubau am endgültigen Standort inklusive Zweifeld-Sporthalle, Cafeteria und 5. Kindertageseinrichtung Europaviertel (Gesamtkosten 26 Millionen Euro)

Nahverkehr und ÖPNV

Auszahlungen für Investitionen 2020/2021 in Mio. Euro

Investitionen in den Nahverkehr und ÖPNV stellen einen zunehmend wichtigen und erforderlichen Beitrag zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur dar.

Für Straßenbaumaßnahmen sind im Haushaltsplan daher folgende Schwerpunkte vorgesehen:

- Grunderneuerung eines Teilabschnitts der Wilhelmshöher Straße (Gesamtkosten 12 Millionen Euro)
- Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge am Lachweg/Berkersheimer Weg und an der Berkersheimer Bahnstraße (4-gleisiger S-Bahnausbau Bad Vilbel - Gesamtkosten 28 Millionen Euro)
- Förderung des Radverkehrs
- Umstellung von Gasleuchten auf elektrische Leuchten
- Grunderneuerung von (Gemeinde-) Straßen
- Programm zum Abbau des Sanierungsstaus bei Ingenieurbauwerken (Brücken etc.)
- Programm Sanierung von Industriestraßen

Für die Verbesserung der Infrastruktur im Öffentlichen Personennahverkehr sind folgende größere Maßnahmen von Bedeutung:

- Anschluss des Europaviertels an das Stadtbahnnetz
- Streckenneubau der S-Bahn zwischen Flughafen-Regionalbahnhof und Stadion mit der Anlage einer neuen S-Bahn-Station Gateway Gardens
- Planung Regionaltangente West - S-Bahn
- S-Bahn-Bau Bad Vilbel (4-gleisiger Ausbau)
- Barrierefreier Ausbau von Straßenbahn- und Bushaltestellen
- Modernisierung des Bahnhofs Griesheim

Mit einem im Haushaltsentwurf gestiegenen städtischen Zuschuss von 177 Millionen Euro ist der Anschluss des Europaviertels an die Stadtbahnlinie U5 unverändert die finanziell bedeutendste ÖPNV-Maßnahme. An der Finanzierung der Gesamtkosten von nunmehr 374 Millionen Euro beteiligen sich zudem Bund und Land nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz mit voraussichtlich 157 Millionen Euro sowie die Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mit 40 Millionen Euro.

Stadtplanung

Im Bereich Stadtplanung steht auch für den vorliegenden Haushaltsentwurf die Förderung des Wohnungsbaus im Vordergrund. Hierfür sind im Zeitraum von 2020 bis 2023 finanzielle Mittel von insgesamt 210 Millionen Euro vorgesehen. Diese verteilen sich auf folgende Maßnahmen:

- 196 Millionen Euro für Darlehensvergaben für den Wohnungsbau
- 8 Millionen Euro für das Förderprogramm studentisches Wohnen
- 4 Millionen Euro zur Unterstützung des Wohnungsbaus (Zuschüsse/Baumaßnahmen)
- 2 Millionen Euro zur Mitfinanzierung von Wohnungsbauvorhaben aus Mitteln zur Sozialbindung des Grundeigentums

Darüber hinaus stehen zur Entwicklung zusätzlicher Flächen zur Förderung des Wohnungsbaus für neue sowie die Fortführung von Erschließungsmaßnahmen Planungs- und Ausführungsmittel von insgesamt 16 Millionen Euro zur Verfügung.

Umwelt

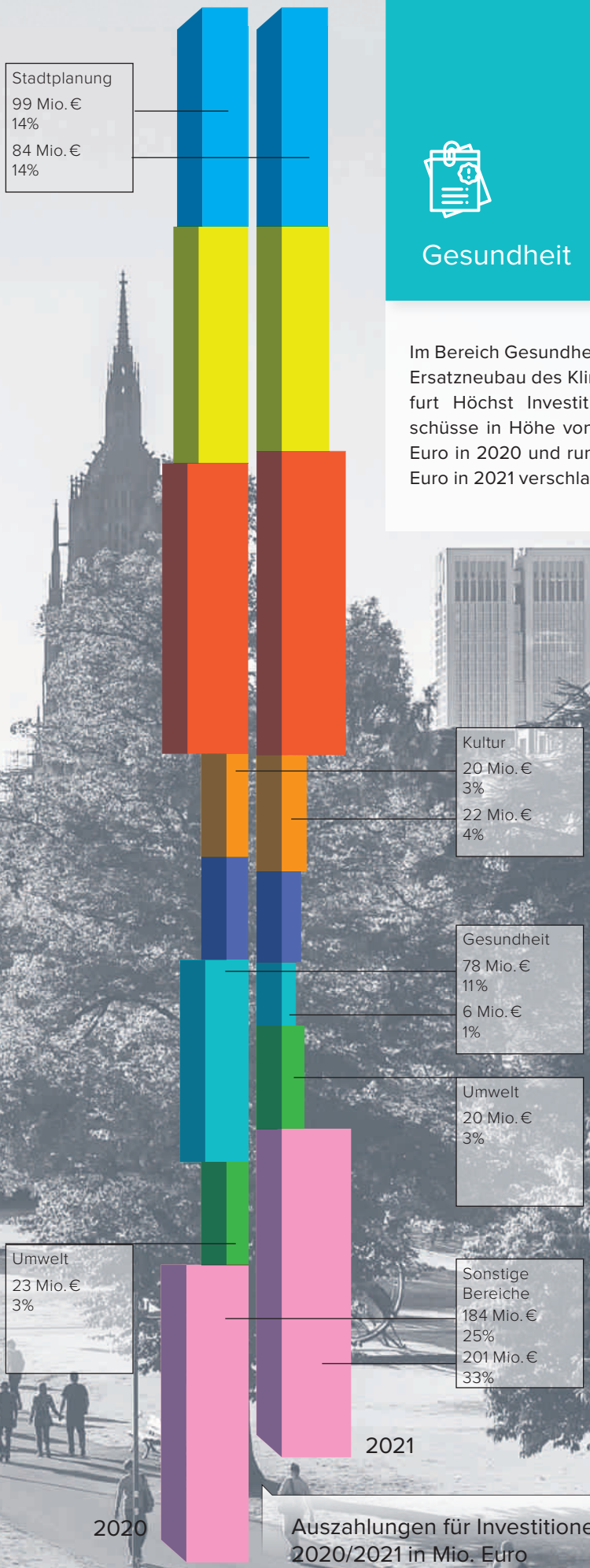
Für die Unterhaltung, Planung und den Bau von Grün- und Freiflächen ist im Haushaltsentwurf für die Jahre 2020 und 2021 ein Investitionsvolumen von 12 Millionen Euro und 10 Millionen Euro vorgesehen. Neben den darin enthaltenen Investitionen, beispielsweise für die Begrünung von Straßenzügen oder Straßenbahntrassen (jährlich 500.000 Euro), werden weiterhin 2 Millionen Euro pro Jahr zur Umsetzung des Förderprogrammes Klimaanpassung zur Dach- und Fassadenbegrünung sowie zur Entsiegelung und Begrünung von Hinterhöfen oder zur Installation von Trinkbrunnen bereitgestellt.

Kultur

Von besonderer Bedeutung für eine Großstadt sind die kulturellen Angebote. Die Stadt Frankfurt am Main bezuschusst eine Vielzahl von Spielstätten sowie Museen. Der vorliegende Haushaltsentwurf sieht weitere Verbesserungen der kulturellen Infrastruktur vor, beispielsweise Planungsmittel für ein Kinder- und Jugendtheater, einen Ankaufsetat für alle Museen, Investitionen im Bereich des Zoos, die Erweiterung des Jüdischen Museums, die Sanierung des Architekturmuseums sowie die Instandhaltung des Liebieghauses. Zudem wird für die Städtischen Bühnen ein Sanierungskonzept erarbeitet.

„Wir wollen die Zukunft Frankfurts dauerhaft sichern. Dazu müssen maßgebliche und verantwortungsvolle Entscheidungen getroffen werden.“

„Das Leben in der Stadt ist weiterhin attraktiv. Das macht sich auch in unserer stolzen Heimatstadt bemerkbar. Wir benötigen zusätzliche Flächen für Wohnraum, Gewerbe, Freizeit und Erholung. Bei der Weiterentwicklung der Stadt muss gerade vor dem Hintergrund des Klimawandels auf eine gesunde Balance zwischen bebauten Flächen und Freiräumen geachtet werden.“



Auszahlungen für Investitionen 2020/2021 in Mio. Euro

Gesundheit

Im Bereich Gesundheit sind für den Ersatzneubau des Klinikums Frankfurt Höchst Investitionskostenzuschüsse in Höhe von 78 Millionen Euro in 2020 und rund 6 Millionen Euro in 2021 verschlagt.

Sonstige Bereiche

Nicht zuletzt finden sich auch in den sonstigen Bereichen bedeutsame Investitionen, zum Beispiel für die Sanierung des Bolongaro-Palastes in Höchst, die Sanierung von Sportstätten sowie Gerätehäuser der freiwilligen Feuerwehren und das Fahrzeugbeschaffungsprogramm der Branddirektion, welche gewährleisten, dass die Aufgaben von Feuerwehr und Rettungsdienst zuverlässig erfüllt werden können. Ebenso erfolgen Veranschlagungen für den Grunderwerb mit jährlich 25 Millionen Euro sowie der Ausgleich des Eigenkapitalverzehrs bei der Stadtwerke Holding mit 78 Millionen Euro in 2020 und 92 Millionen Euro in 2021.

„Frankfurt am Main als Deutschlands wichtigstes Finanz- und Dienstleistungszentrum wird weiterhin wachsen. Dieses Wachstum stellt uns gemeinsam vor enorme Herausforderungen, die es zu gestalten gilt. Wir müssen Altes mehr hinterfragen und uns davon auch lösen können, um Ressourcen für neue Aufgaben zu gewinnen.“

Wichtige Begriffe kurz erklärt

HAUSHALTSPLAN

Der Haushaltsplan stellt die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen, sowie Ein- und Auszahlungen der Gemeinde dar. Die Planungen sind für die Dezernate und Ämter der Stadt Frankfurt am Main verbindlich.
Der Haushaltsplan wird vom Magistrat der Stadt aufgestellt und von der Stadtverordnetenversammlung beraten, ergänzt, ggf. geändert und verabschiedet.

HAUSHALTSENTWURF

Als Haushaltsentwurf wird die vom Magistrat aufgestellte Fassung des Haushaltsplans bezeichnet. Erst nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung, die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde des Landes Hessen sowie die öffentliche Bekanntmachung und Auslage wird hieraus ein rechtskräftiger Haushaltsplan.

ERGEBNISHAUSHALT

Im Ergebnishaushalt, als Teil des Haushaltsplans, werden die Erträge und Aufwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit geplant. Dort finden sich beispielsweise die Erträge aus Steuern, die Aufwendungen für Personal oder für soziale Leistungen. Im Ergebnishaushalt sind auch Erträge und Aufwendungen enthalten, die nicht zu konkreten Geldflüssen führen, sondern den Verbrauch von Ressourcen darstellen, zum Beispiel Abschreibungen aufgrund der Abnutzung von Gebäuden.

FINANZHAUSHALT

Der Finanzhaushalt, ebenfalls Teil des Haushaltsplans, enthält nur Positionen, die für die Stadt zu Geldzuflüssen und -abflüssen führen. Er ist von besonderer Bedeutung, weil er die Planung der Investitionen und der Kreditaufnahmen, sowie deren Tilgung enthält.

SCHULDEN

Als kommunale Schulden werden Kredite zur Finanzierung von Investitionen dargestellt, da Kommunen Kredite grundsätzlich nur für Investitionen aufnehmen dürfen.

Darüber hinaus können unterjährig zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen Liquiditätskredite – vergleichbar mit dem Dispositionskredit eines Girokontos – in Anspruch genommen werden.

Wo erfahre ich mehr?

Die vorliegende Broschüre kann aufgrund ihres geringen Umfangs nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Haushalt und den städtischen Leistungen darstellen. Weitere Informationen bietet der Haushaltsplan selbst.

Der Haushaltsplan kann online unter www.frankfurt.de (→Rathaus →Stadtverwaltung →Haushalt) eingesehen werden.

Zudem wird er in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung mit ihren Fachausschüssen beraten. Diese Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Über Termine, Tagesordnungen und Sitzungsdokumente wird im parlamentarischen Informationssystem der Stadt Frankfurt am Main unter **www.stvv.frankfurt.de/parlis** online informiert.

HERAUSGEBER
Stadt Frankfurt am Main
Der Magistrat
Dezernat für Finanzen,
Beteiligungen und Kirchen

Römerberg 23
60311 Frankfurt am Main

IMPRESSUM:

Redaktion: Wiebke Reimann, Layout: Ursula Knöchel

Fotos: Titel, Seiten 2-3 © Dieter Fehrenz / Seite 3 © Katerina Gottesleben / Seiten 4-5 ©stock.adobe.com/gb27photo / Seiten 6-7 ©istockphoto.com/ollo kessler / Seiten 8-9 © stock.adobe.com/rainbow33 / Seiten 10-11 ©stock.adobe.com/Manuel Schönfeld / Seite 11 © Stefanie Kösling / Seiten 14-15 ©stock.adobe.com/Monkey Business / Seiten 16-17 © stock.adobe.com/pressmaster / Seiten 18-19 © stock.adobe.com/travelview / Seiten 20-21 ©stock.adobe.com / rentokill72 / Seiten 22-23 ©stock.adobe.com/Maria Sbytova / Seiten 24-25 © stock.adobe.com/joyt / Seite 27 © stock.adobe.com/sakhanphotography

Stand: Dezember 2019

STADT FRANKFURT AM MAIN